

3. Steuerfuss für die Jahre 2026 und 2027

Antrag des Regierungsrates vom 27. August 2025 und Antrag der Finanzkommission vom 20. November 2025

Vorlage 6044a

Ratspräsident Beat Habegger: Wir verlassen jetzt das Traktandum 2 und kommen zu Traktandum 3, Vorlage 6044a, Festsetzung des Steuerfusses für die Jahre 2026 und 2027.

Hier liegen mehrere Anträge vor. Es liegt ein Antrag der Finanzkommission vor für einen Steuerfuss von 95 Prozent, ein Antrag von Marc Bochsler, Steuerfuss 93 Prozent, ein Antrag von Selma L'Orange Seigo, Steuerfuss 98 Prozent, ein Antrag von Ronald Alder, Steuerfuss 96 Prozent, und ein Antrag von Manuel Sahli, Steuerfuss 100 Prozent. Wir werden nachher in der Abstimmung diese Anträge einander im Cup-System gegenüberstellen. Der Präsident der Finanzkommission macht den Anfang, bevor dann die Antragstellenden jeweils sprechen werden.

Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), Präsident der Finanzkommission (FIKO): Die Festsetzung des Steuerfusses gehört zu den zentralen Weichenstellungen der kantonalen Finanzpolitik. Sie entscheidet nicht nur über die Höhe der verfügbaren Mittel, sondern auch darüber, wie attraktiv unser Kanton für Private und Unternehmen bleibt.

Zum Steuerfuss lagen in der Finanzkommission vier Anträge zur Beschlussfassung vor und damit eine breite politische Spannweite, die zeigt, wie unterschiedlich die Vorstellungen zu künftigen Steuerbelastungen sind. Es sind dies folgende Anträge: 93 Prozent SVP und FDP, 95 Prozent die Mitte, 96 Prozent die GLP und 98 Prozent der Regierungsrat. Im finalen Entscheid des mehrstufigen Cup-Verfahrens machte der Mitte-Antrag das Rennen. Er sieht eine Senkung des Steuerfusses von derzeit 98 auf 95 Prozent vor. Der Gegenantrag von SVP und FDP, der eine Reduktion auf 93 Prozent verlangt, wurde mit 6 zu 5 Stimmen abgelehnt. Die unterliegenden Anträge werden von den entsprechenden Parteien als Minderheitsanträge in den Kantonsrat gebracht, wobei der Antrag des Regierungsrates von SP und Grünen gestellt wird. Ebenso beriet die Finanzkommission einen Antrag der AL auf einen Steuerfuss von 100 Prozent. Weil die AL nicht in der Finanzkommission vertreten ist, konnte sie den Antrag jedoch nicht formell stellen und dieser war daher auch nicht Teil des Cup-Verfahrens. Hier im Rat gelangt er zusammen mit den anderen vier Anträgen in einem Fünfer-Cup-Verfahren zur Abstimmung. Wie der Antwort des Regierungsrates auf die beiden Anfragen KR-Nrn. 279/2025 und 284/2025 zu entnehmen ist, betragen die Steuermindererträge gemäss einer Schätzung des kantonalen Steueramtes bei einer Senkung des Staatssteuerfusses um 5 Prozentpunkte von 98 auf 93 Prozent für die Steuerperiode 2026 rund 410 Millionen Franken – also ein Prozentpunkt entspricht circa 82 Millionen Franken – und für die KEF-Periode 2026 bis 2029 rund 1,7 Milliarden Franken. Demgegenüber betragen die geschätzten Steuermindererträge bei einer Senkung um 3

Prozentpunkte auf 95 Prozent rund 246 Millionen Franken für 2026 und rund 1 Milliarde Franken für 2026 bis 2029. Eine Senkung um 2 Prozentpunkte auf 96 Prozent hätte schliesslich einen geschätzten Steuerminderertrag von noch rund 164 Millionen Franken 2026 oder rund 670 Millionen Franken 2026 bis 2029 zur Folge.

In seiner Antwort auf die Anfragen weist der Regierungsrat zu Recht aber auch darauf hin, dass die Höhe der Steuererträge durch verschiedene Faktoren, wie Wirtschaftswachstum, Lohnentwicklung, Bevölkerungszuwachs sowie globale Ereignisse, die insbesondere die Erträge der juristischen Personen prägen, beeinflusst werden. Eine Senkung des Staatssteuerfusses kann zwar rechnerisch als statischer Effekt ausgewiesen werden. Welche mittel- und langfristigen Auswirkungen eine Senkung unter Berücksichtigung weiterer, insbesondere dynamischer Effekte auf die Steuererträge hat, lässt sich jedoch nur schwer prognostizieren. So haben sich beispielsweise die Staatssteuererträge des Jahres 2024 gegenüber dem Jahr 2023 trotz der Senkung des Steuerfusses von 99 auf 98 Prozent um 252 Millionen Franken erhöht.

Mit der Festsetzung des Steuerfusses setzen wir ein Signal für die finanzielle Handlungsfähigkeit des Kantons, für seine Standortattraktivität und für die politische Verantwortung, die wir tragen. Jede Veränderung des Steuerfusses hat spürbare Auswirkungen, deren langfristige Effekte jedoch nur bedingt prognostizierbar sind. Umso wichtiger ist eine Entscheidung, die ausgewogen, verantwortungsvoll und zukunftsorientiert ist. Besten Dank.

Minderheitsantrag Marc Bochsler, Beatrice Derrer, Martin Huber, Karl Heinz Meyer und Philipp Müller:

I. Der Steuerfuss für die Jahre 2026 und 2027 wird auf 93% der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Marc Bochsler (SVP, Wettswil a. A.): Ich glaube, jetzt sind wir beim Kern der Debatte angelangt, jetzt geht es nicht um Zahlenkolonnen, jetzt geht es einfach um eine Grundsatzfrage: Entlasten wir die Bevölkerung? Entlasten wir den Mittelstand, die Leistungsträger und die Wirtschaft? Oder lassen wir diesen Staat weiter ungebremst über seine Verhältnisse wachsen?

Zürich hat kein Einnahmenproblem, Zürich hat ein Ausgabenproblem. Die Fakten sind klar, unbestreitbar, schwarz auf weiss: Zwischen 2016 und 2024 hat der Kanton Zürich fast 4 Milliarden Franken Überschüsse erzielt. Für 2025 rechnet die Finanzverwaltung erneut mit rund 700 Millionen Franken Überschuss. Gleichzeitig explodieren die Ausgaben im Budget 2026 um 725 Millionen Franken, das ist ein sattes Plus von 3,7 Prozent in nur einem Jahr. Das ist kein normales Wachstum, das ist kein Zufall, das ist ein überhitzter Staatshaushalt. Dieses Geld gehört nicht dem Staat, es gehört den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern in unserem Kanton.

Warum beantragen wir 5 Prozent Steuersenkung? Wenn 3 Prozent verantwortbar sind, dann sind 5 Prozent erst recht verantwortbar. Der mittelfristige Ausgleich bleibt eingehalten, die Investitionen sind gesichert, die Steuereinnahmen wachsen

stabil. Aber mittelfristig sehen wir, dass sie eben zu langsam wachsen. Die Rechnung ist seit Jahren besser als das Budget. Andere Kantone senken die Steuern, wer heute nicht handelt, verliert morgen an Attraktivität. Jedes Jahr hören wir bei der Steuersenkungsdebatte immer das gleiche Gegenargument: Der Service public sei gefährdet, der Kanton investiere zu wenig. Geschätzte Damen und Herren insbesondere von der linken Ratsseite, dann habe ich eine Frage: Was machen Sie, wenn der Kanton Zürich an Steuersubstrat mittel- bis langfristig verliert? Wie finanzieren Sie dann Ihre Investitionen in die Zukunft? Mit Luft und Liebe?

Ein Kanton mit über 20 Milliarden Franken Budget soll seine Grundaufgaben nicht mehr erfüllen können, weil er 3 oder 5 Prozent weniger Steuern einnimmt? Das ist nicht glaubwürdig. Nicht der Steuerfuss ist das Problem, sondern ein Staat, der jede Grenze des Wachstums sprengt. Steuersenkung entlastet alle, und besonders der Mittelstand spürt jeden Franken. An die liebe GLP: Heute entscheidet ihr. Euer Antrag auf 2 Prozent Steuersenkung ist gut gemeint, blockiert aber eine echte Entlastung. Mit 2 Prozent verhindern Sie den mehrheitsfähigen FIKO-Antrag von 3 Prozent. 3 Prozent sind finanzierbar, 3 Prozent stärken unseren Kanton, 3 Prozent sind ein vernünftiger Weg. Ziehen Sie doch Ihren Antrag zurück und ermöglichen Sie heute eine mehrheitsfähige Lösung.

Die SVP steht zu ihrem Wort: 5 Prozent sind richtig, 5 Prozent sind finanzierbar, 5 Prozent sind ein starkes Zeichen. Scheitert unser Antrag, unterstützt die SVP geschlossen den 3-Prozent-Antrag der Finanzkommission. Vielen Dank.

Minderheitsantrag Selma L'Orange Seigo, Christoph Fischbach und Tobias Langenegger:

I. Der Steuerfuss für die Jahre 2026 und 2027 wird auf 98% der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Wir Grünen, zusammen mit SP und EVP, sind dafür, den Steuerfuss zu lassen, wie er ist. Die Steuern sollten im Normalfall konstant bleiben und nicht Spielball von parteipolitischen Positionierungen sein. Der Steuerfuss-Basar dieses Jahres ist keine gute Visitenkarte für unseren Kantonsrat. Es werden ja in erster Linie Steuersenkungen beantragt, eben mit dem Argument – wir haben das gehört –, der Mittelstand werde entlastet, die Leistungsträger, die Bevölkerung; man kann dann auch ganz viele schöne Wörter erfinden.

Schauen wir uns also an, wie das konkret aussieht, Achtung, ein paar Zahlen: Das steuerbare Medianeinkommen für Alleinstehende liegt bei 40'000 Franken steuerbarem Einkommen. Wenn Sie die Steuern um 1 Prozent senken, dann hat diese Person Ende Jahr knapp 14 Franken mehr im Portemonnaie. Mit dem GLP-Antrag sind es dann schon 28 Franken, mit dem Mitte-Antrag ganze 42 Franken, und SVP und FDP sind so richtig grosszügig, nachher hat man 70 Franken mehr im Portemonnaie Ende Jahr, eine echte Entlastung. Wenn Sie jetzt zu den Glücklichen gehören, die gleich viel oder sogar mehr verdienen als drei Viertel der Bevölkerung, dann haben Sie beim steuerbaren Einkommen mit 1 Prozent Steuersenkung 31 Franken gewonnen. Und SVP und FDP, die schenken Ihnen sozusagen 153

Franken; damit kann man doch immerhin essen gehen im Restaurant. Die gleichen Parteien, die die Steuern so stark senken wollen, sind übrigens diejenigen, die keine Kita-Subventionen wollen, die keine ausserschulische Betreuung wollen, keine Tagesschulen, keine Entlastung bei den Krankenkassenprämien. Für die meisten Menschen ist also eine solche Steuersenkung ein sehr schlechter Tausch: Sie haben 100 Franken mehr in Portemonnaie, weil sie weniger Steuern zahlen, aber sie haben keine vorschulische Betreuung, keine ausserschulische Betreuung, und sie haben eine hohe Prämienlast.

Es drängt sich also die Frage auf: Gibt es denn auch Menschen, die von einer solchen Steuersenkung profitieren? Ja, die gibt es, und die können Sie in den höchsten Einkommensschichten suchen. Wenn Sie nämlich 400'000 Franken Einkommen versteuern, bekommen Sie mit der Steuersenkung von SVP und FDP 2100 Franken jährlich. Sie sehen das Muster, es müsste eigentlich klar sein, aber man muss es immer wieder wiederholen: Steuersenkungen helfen vor allem Menschen, die schon viel haben, aufgrund der Steuerprogression. Erst bei hohem Einkommen schenkt das so richtig ein. Reiche profitieren besonders viel, Menschen mit geringem Einkommen profitieren wenig oder sogar gar nicht, und das ist und bleibt unfair.

Die Mindereinnahmen für den Kanton sind nämlich beträchtlich. Jedes Steuerprozent macht für den Kanton aktuell 82 Millionen Franken aus. Die Anträge auf Senkung, die im Raum stehen, führen also zu Mindereinnahmen zwischen 164 und 410 Millionen Franken. Wer glaubt, dass fast 1 Milliarde Mindereinnahmen keine Auswirkungen auf den Finanzhaushalt haben wird? Schon jetzt werden wichtige Investitionen zurückgestellt. Es wird ein tiefer Selbstfinanzierungsgrad beklagt, und die Verschuldung steigt. Und diese ist relevant für das AAA-Ranking, das Sie ja alle so wahnsinnig vergöttern. Sobald dieses Label in Gefahr ist, wird dann rigoros gekürzt, dann heisst es «Tschüss Umweltschutz!», GLP, dann heisst es «Tschüss Klimaschutz!» und dann heisst es «Tschüss Solidarität mit finanziell Schwächergestellten!». Wir Grünen tragen das nicht mit und schliessen uns dem Regierungsrat an und beantragen einen gleichbleibenden Steuerfuss von 98 Prozent.

Minderheitsantrag Ronald Alder und Daniela Sun-Güller:

I. Der Steuerfuss für die Jahre 2026 und 2027 wird auf 96% der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Ronald Alder (GLP, Ottenbach): Die Finanzsituation des Kantons Zürich ist stabil. Der Staatshaushalt wird von der internationalen Ratingagentur Standard & Poor's unverändert mit der Bestnote Triple-A bewertet, wir haben es soeben gehört. Dem Kanton Zürich geht es gut. Wir haben eine sehr hohe Lebensqualität, eine sehr gute und innovative wirtschaftliche Leistung. Wir sind als Wohn- und Arbeitsort sehr attraktiv und sind dadurch vom Fachkräftemangel weniger betroffen als andere Kantone. Die wichtigsten Aufgaben im Dienst der Zürcher Bevölkerung können bezahlt werden. Die Investitionen in für die Grünliberalen wichtige Bereiche, wie Klimaschutz und Vereinbarkeit von Familie und Beruf, können

finanziert werden. Und dazu gehört, dass wichtige Infrastrukturprojekte, insbesondere für den öffentlichen Nahverkehr, vorangebracht werden. Tramverlängerungen sind für wirtschaftliche Entwicklungen, wie etwa den Innovationspark Dübendorf, grundlegende Infrastrukturen, die aus Sicht der Grünliberalen vorangetrieben werden sollen. Und all diese Leistungen können finanziert werden, weil die Einnahmen des Kantons stabil und gar wachsend sind – dank den Steuereinnahmen.

Die Grünliberalen stehen für Nachhaltigkeit auf allen Ebenen. Neben der ökologischen, sozialen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit ist auch die finanzielle Nachhaltigkeit wichtig. Die finanzielle Nachhaltigkeit bedeutet, dass der Kanton Zürich für die Steuerzahlenden attraktiv und das Steuersubstrat erhalten bleibt. Wichtig dabei ist der Erhalt der Steuereinnahmen der natürlichen Personen, denn sie bezahlen 80 Prozent der kantonalen Steuererträge, also mehr als 6 Milliarden Franken. 30 Prozent bezahlen 80 Prozent der Steuereinnahmen, 4,5 Prozent bezahlen die Hälfte davon, also mehr als 2,5 Milliarden Franken. Der Kanton Zürich schliesst seit 2016 durchschnittlich um 600 Millionen Franken besser ab als geplant. Mit einer moderaten Steuerfuss senkung von 2 Prozent kann der mittelfristige Ausgleich eingehalten werden. Sollte sich die Situation in zwei Jahren wiederum besser darstellen als vermutet, können wir über weitere Anpassungen sprechen.

Bemerkenswert ist, dass die bürgerliche Regierung keine Anpassung des Steuerfusses beantragt. Auch aus dieser Sicht ist nur eine moderate Steuerfuss senkung von 2 Prozent als verantwortungsvoll zu bezeichnen. Mit dem GLP-Antrag zur Senkung des Steuerfusses um 2 Prozent bleibt der Kanton Zürich für die Steuerzahlenden attraktiv, und die wichtigen Staatsaufgaben können finanziert und die Investitionen in die Zukunft gesichert werden. So geht umfassende Nachhaltigkeit. Die Grünliberalen unterstützen eine nachhaltige und verhältnismässige Steuerfuss senkung um 2 Prozent auf einen Steuerfuss von 96 Prozent.

Antrag der AL:

Der Steuerfuss des Kantons Zürich für die Jahre 2026 und 2027 wird auf 100% festgelegt.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Zuerst möchte ich mich bedanken, dass auch unser Antrag noch in die FIKO eingebracht wurde. Als Fraktion, die in der FIKO nicht vertreten ist, haben wir die Möglichkeit, diesen direkt einzubringen, leider nicht. Wir müssen uns angesichts des Budgets einfach einmal vorweg bewusst sein, dass dies das Budget eines bürgerlichen Regierungsrates ist. Dieser bürgerlich dominierte Regierungsrat hat Ihnen hier im Rat einen gleichbleibenden Steuersatz beantragt, und dies tut er nicht ohne Grund. Denn der Regierungsrat fährt schon längst ein massives Sparprogramm, das sich später für unseren Kanton rächen wird. Dieses Sparprogramm macht er einerseits mit einer 200-Millionen-Franken-Pauschalkürzung und andererseits unter dem Titel einer sogenannten Investitionspriorisierung. Dieses Wort «Priorisierung» oder «Priorisierungspro-

gramm» ist jedoch nichts anderes als ein Euphemismus, eine beschönigende Beschreibung eines massiven Sparprogramms, bei dem x Investitionen immer weiter nach hinten verschoben werden und das eine Bugwelle von vor sich hergeschobenen Investitionen generiert, die wir dann irgendwann trotzdem machen müssen. Für uns als AL ist dies ein eindeutiges Zeichen, dass wir uns bereits die vergangenen Steuersenkungen nicht leisten konnten. Unser Kanton hat nicht genügend Mittel, um die laufenden Investitionen zu bestreiten, er muss diverse Vorhaben aufschieben. Wir sind im Gegensatz zu SP und Grünen auch nicht bereit, dieses bürgerliche Sparprogramm der Exekutive per Steuerfuss entsprechend mitzutragen. Auch nicht zu vergessen: Unser Kanton braucht auch in Zukunft weitere Mittel für die Institutionen. So steht demnächst die Kita-Finanzierung auf dem Programm, auch diese will finanziert sein. Dies alles zeigt, dass unser Kanton eben nicht so gut dasteht, wie es hier scheint.

Wir von der AL wollen nicht, dass unsere heute fehlenden Investitionen ein Problem vom Morgen werden, und daher beantragen wir Ihnen hier eine Anpassung des Steuersatzes auf 100 Prozent. Dies ist eine moderate Anpassung, eine Anpassung auf den Steuersatz, den wir zuvor bereits hatten, nämlich aus der Erkenntnis heraus, dass die aktuellen Steuersenkungen zurzeit nur aufgrund des Aufschiebens von wichtigen Projekten möglich sind. Und so sollte unser Kanton nicht funktionieren. Wir wollen daher den gewohnten Steuerfuss von 100 Prozent, wie er sich zuvor (*bis 2022*) über Jahrzehnte bewährt hat. Wir wollen keine Steuersenkung auf Kosten der Bildung, wir wollen keine Steuersenkung auf Kosten der Verkehrsinfrastruktur und wir wollen keine Steuersenkung, die wir über aufgeschobene Investitionen finanzieren. Das Priorisierungsprogramm zeigt, dass wir bereits mit den vorhergehenden Steuersenkungen falsch gelegen sind. Dieser Missstand ist entsprechend zu korrigieren. Seien Sie realistisch, stimmen Sie daher unserem Antrag auf eine entsprechende Korrektur des Steuerfusses zu.

Tobias Langenegger (SP, Zürich): Wir alle wissen es, die Würfel sind gefallen: Der Kantonsrat wird heute einer 3-prozentigen Steuerfussenkung zustimmen; dies deshalb, weil die rechten Parteien weniger spitalbedingte Absenzen haben. Ich habe nun viel gehört, wie wichtig eine Steuerfussenkung ist und welche Signalwirkung diese hat. Was Ihnen aber keiner der Befürworter sagt, ist, was es dann effektiv bedeutet: Dreimal 82 Millionen Franken führt zu einem Ausfall von 246 Millionen Franken. Da wir den Steuerfuss für zwei Jahre beschliessen, reden wir also von einem Ausfall von gut einer halben Milliarde Franken reales Geld. Dieses Geld wird fehlen und das wird ein riesiges Problem. Wieso?

Erstens unterschätzen Sie komplett die Geldflussrechnung. Ich habe es bei meinem Eintretensvotum letzte Woche bereits gesagt, ein Grossteil der Überschüsse bei den Jahresrechnungen sind verschobene Projekte und Neubewertungen von Immobilien, damit können Sie keine einzige Rechnung bezahlen. Das sehen Sie eindrücklich beim Selbstfinanzierungsgrad. Dieser ist von über 100 Prozent bis 2022, das heisst, dass alle Investitionen aus den Erträgen bezahlt werden können, in den letzten zwei Jahren unter 100 Prozent gesunken. Das ist eine direkte Konsequenz der letzten Steuerfussenkung. Der Kanton macht also durchaus hohe

Überschüsse, kann aber trotzdem nicht alle Investitionen selbst bezahlen. Was das bedeutet, wissen Sie genau und führt uns zum zweiten Problem, der Verschuldung: Um trotzdem alle Investitionen zu bezahlen, muss sich der Kanton verschulden. Überlegen Sie sich einmal, wie absurd das ist. Dem Kanton geht es gut, aber er muss sich verschulden. Damit machen Sie den Haushalt maximal krisenanfällig. Es kann ja einmal sein, dass es dem Kanton weniger gut geht. Dann möchten Sie agil sein und darauf reagieren können. Das können Sie aber nur, wenn Sie eine tiefe Verschuldung haben und somit Potenzial, um mehr Geld aufzunehmen. Dieser Antrag ist ein frontaler Angriff auf die Robustheit des kantonalen Haushaltes, das ist unglaublich kurzsichtig. Denn Verschuldung heisst effektiv auch Mehrkosten. Nicht nur wird das Geld fehlen, der Kanton wird für die wachsende Verschuldung auch mehr Zinsen bezahlen müssen. Schauen Sie doch die Tatsachen an: 2024 war der Zinssatz für den Kanton Zürich im Schnitt bei 0,67 Prozent, im Budget 2026 rechnet der Kanton bereits mit 0,81 Prozent. Die Verschuldung steigt und die Zinsen steigen auch. Für die höhere Verschuldung gibt es aber kaum reale Gegenwerte wie zum Beispiel Immobilien oder Ähnliches, sondern wegen der Steuersenkung fehlt schlicht und einfach das Geld.

Und all das machen Sie nach dem Prinzip Hoffnung. Nach Ihren «Voodoo-Economics» kommen dafür ganz viele wohlhabende Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in den Kanton Zürich und zahlen mehr Steuern. Der Kanton Zürich ist aber nicht der Kanton Nidwalden und er wird es nie sein – zum Glück. Der Kanton Zürich ist jung, der Kanton Zürich ist sehr heterogen, der Kanton Zürich ist schlicht der Wirtschaftsmotor der Schweiz. Dafür braucht es Top-Hochschulen, es braucht eine Top-Universität, es braucht eine leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur, dafür braucht es gute Spitäler und, und, und. All das macht den Kanton Zürich stark und all das gefährden Sie, weil das Geld dieser Steuerfussenkung genau hier fehlen wird. Geradezu entlarvend waren in diesem Zusammenhang Ihre Budgetanträge. Sie kürzen dort, wo es entweder nicht geht oder nichts bringt. Damit fordern Sie de facto ein Sanierungspaket durch die Hintertür, denn die halbe Milliarde Franken, die fehlen wird, wird den mittelfristigen Ausgleich massiv belasten. Und das wird die Bevölkerung spüren, zum Beispiel, weil wichtige Investitionen – wir haben es gehört – nicht mehr gemacht werden. Dass dies Ihnen, der Mitte, die sich als Familienpartei bezeichnet, egal ist, finde ich äusserst bedenklich, weil zuerst die Familien leiden werden. Das Geld fehlt in der Bildung, da bringt es den Familien herzlich wenig, wenn sie Ende Jahr ein paar Franken weniger Steuern bezahlen. Das Geld fehlt auch bei der Prämienverbilligung, im öffentlichen Verkehr oder bei der frühen Förderung, all das zentrale Budgetposten für Familien. Und wer profitiert? Natürlich die Bestverdienenden. Dass Sie diese dermassen bevorzugen gegenüber dem Rest der Bevölkerung, ist für uns komplett unverständlich und schlicht falsch.

Wir lehnen diese Steuerfussenkung entschieden ab und hoffen, Sie finden noch zur Vernunft. Besten Dank.

Philipp Müller (FDP, Dietikon): Der Kanton Zürich hat kein eigenes Geld, er muss das Geld immer zuerst jemandem wegnehmen. Steuererträge sind also ganz

einfach Geld, das der Kanton seinen Einwohnerinnen und Einwohnern und den Unternehmen zuerst aus der Tasche zieht. Wir haben heute als Kantonsrat die Aufgabe, zu bestimmen, wie viel Geld die Steuerzahlenden in den nächsten zwei Jahren abliefern dürfen, und das bringt eine ungeheure Verantwortung mit sich. Wir haben nun gerade an drei Sitzungstagen über Budget und KEF-Erklärungen debattiert. Wir legen also zuerst fest, wie viel Geld wir ausgeben wollen, und erst danach bestimmen wir unsere Einnahmen. Das ist ja eigentlich unlogisch und ein Systemfehler. Denn kein Unternehmen würde doch so arbeiten. Und auch privat bucht doch niemand Ferien, ohne zu wissen, ob dafür das Geld reicht. Nein, wir machen es anders, wir schauen zuerst ins Sparkässeli und entscheiden dann, ob es auf die Malediven oder auf den Zeltplatz geht.

Doch nun zum Steuerfuss: Die FDP-Fraktion freut sich, dass auch die Finanzkommission den Steuerfuss um 3 Prozent reduzieren will. Wir tragen diesen Kompromiss mit, halten aber gleichzeitig an unserem Minderheitsantrag auf eine Senkung um 5 Prozent fest. Es ist wichtig, den Steuerfuss zu senken und damit Privatpersonen und Unternehmen gleichermassen zu entlasten. Die Steuerfussreduktion ist eine Investition in unseren Kanton. Sie ist nötig, sie ist vernünftig und sie ist finanzpolitisch problemlos tragbar. Wir haben es gehört, seit 2016 schlossen die Jahresrechnungen im Schnitt rund 600 Millionen Franken besser ab als budgetiert. Über diese Jahre kumuliert, sind das rund 5 Milliarden Franken. Auch für 2025 erwarten wir einen Überschuss von 700 Millionen Franken. Die Senkung des Steuerfusses um 3 Prozent oder um 5 Prozent ist für das nächste Jahr bereits mit dem erwarteten Überschuss aus diesem Rechnungsjahr locker finanziert. Und noch viel besser sieht es aus, wenn wir auch die Überschüsse der vergangenen Jahre mitberücksichtigen. Wenn uns die Linke weismachen will, die Zukunft unseres Kantons würde durch eine Steuersenkung gefährdet, dann ist das Angstmacherei, das Gegenteil ist der Fall: Auch 2026 sind Investitionen von 1,3 Milliarden geplant, bis 2029 sollen es rund 5 Milliarden sein.

Die Senkung des Steuerfusses ist eine Investition in den Standort Zürich. Seit diesem Jahr sind wir punkto Unternehmenssteuer schweizweit das Schlusslicht, und das darf doch nicht sein. Der Kanton Zürich befindet sich, ob wir das nun wollen oder nicht, im Wettbewerb mit anderen Kantonen. Ja, und was machen unsere Nachbarn? Richtig, sie senken die Steuern, der Aargau um 5 oder sogar 8 Prozent, Zug um 4 Prozent und Schwyz für natürliche Personen um 5 Prozent. Wer stillsteht, verliert, das gilt auch beim Steuerfuss. Wir sollten uns also dringend bewegen.

Anpassungen am Steuerfuss lösen etwas aus, das zeigen Erfahrungen im Kanton Zürich, aber auch in Nachbarkantonen. Wir sprechen von sogenannten dynamischen Effekten. Tiefere Steuern ziehen gute Steuerzahler und Unternehmen an beziehungsweise verhindern, dass diese den Kanton verlassen. Das stärkt das Steuersubstrat und das wiederum hilft uns allen. Wir stehen zum Kompromiss der FIKO, minus 3 Prozent. Wer sich wirtschaftsfreundlich nennt, muss diesem Antrag zustimmen. Wer für all diejenigen einsteht, die am Ende des Monats Rechnungen bezahlen müssen, unterstützt diesen Antrag. Heute ist der Moment, den Kanton zu stärken und ihn nicht weiter auszubremsen. Besten Dank.

Priska Hänni-Mathis (Die Mitte, Regensdorf): Ich möchte drei Haupterkennnisse zusammenfassen, erstens: Der Kanton Zürich befindet sich in einer finanziell soliden Lage mit einer moderaten Verschuldung. Dies wird auch von externen Agenturen mit einem Triple-A-Rating gewürdigt. Zweitens: Die Ertragsaussichten für den Kanton Zürich sind aufgrund der robusten Wirtschaft im Kanton Zürich weitgehend steigend. Eher tiefe Arbeitslosenzahlen und solide Unternehmensgewinne bestätigen diese Einschätzung. Drittens: Der mittelfristige Ausgleich ist auch mit 3 Prozent Steuerreduktion positiv. Es ist zu erwarten, dass auch die Rechnung 2026 eher besser ausfallen wird als das Budget. Denn seit 2016 fiel die Rechnung durchschnittlich um 600 Millionen Franken besser aus als budgetiert. Mit dieser Ausgangslage ist es folgerichtig, nun auch den Steuerfuss um 3 Prozent nach unten anzupassen.

Da unsere Nachbarkantone den finanziellen Spielraum nutzen, der sich aufgrund der positiven wirtschaftlichen Entwicklung bietet, soll der Kanton Zürich nicht abseitsstehen. Neben zahlreichen wichtigen Standortfaktoren in den Bereichen Bildung, Forschung und Kultur ist auch die Besteuerung ein Aspekt, der über den Zuzug oder eben Wegzug von gutsituierten Bürgern entscheidet. Die Wirtschaftsverbände fordern sogar noch höhere Steuersenkungen und auch die ZKB (*Zürcher Kantonalbank*) beurteilt die Steuerbelastung im Kanton als zu hoch.

Die Mitte-Fraktion steht für eine stabile und verlässliche Finanzpolitik. Der Haushalt soll so ausgestaltet und ausgestattet werden, dass die Leistungen verlässlich erbracht werden können und der mittelfristige Ausgleich eingehalten wird. Dies kann mit der Steuersenkung um 3 Prozent erreicht werden. Die Mitte-Fraktion erteilt den Schwarzmalern von Links und den übermotivierten Rechten eine Absage und stimmt dem realistischen und vernünftigen Antrag der FIKO zu.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Aristoteles (*griechischer Philosoph der Antike*) formulierte es einmal so: «Das rechte Mass ist die schwerste aller Künste.» Und genau darum geht es wohl auch beim Steuerfuss: das rechte Mass zu finden. Der Kanton Zürich steht finanziell solide da. Die Einnahmen sind hoch, die Wirtschaft läuft, die Reserven sind solid. Man könnte sagen, Zürich ist stabil unterwegs, kein Wackelkontakt, kein Motorschaden, eher ein frisch gewarteter Motor. Und darum, genau in diesem Moment, wird vorgeschlagen, erneut Steuern zu senken. Dazu sagen wir als EVP Nein; nicht aus Prinzip, sondern aus Verantwortung. Denn ein laufender Motor allein reicht nicht, es liegt noch eine lange Strecke vor uns, die es zu bewältigen gilt. Es ist schon klar, Steuersenkungen haben einen grossen Vorteil, man kann sie gut erklären. Einen kleinen Nachteil haben sie aber auch, sie bewirken oft sehr wenig.

Für viele Menschen im Kanton bedeutet die Steuersenkung ein paar Franken im Monat, ein Kaffee mehr, vielleicht ein Kaffee und noch ein Gipfeli, je nach Einkommen. Für Familien mit hohen Krankenkassenprämien, für Kantonsschulen mit überfüllten Schulzimmern und für den öffentlichen Verkehr ist das aber keine spürbare Entlastung. Steuersenkung fühlt sich vielleicht für Sie gut an, sie löst

aber kein reales Problem. Was Steuersenkung besonders tückisch macht: Die Wirkung kommt sofort, die Konsequenzen kommen aber zeitverzögert. Heute senken wir die Steuern, morgen freuen wir uns darüber und übermorgen diskutieren wir Sparprogramme – oder Sie nennen das «Entlastungspakete». Und irgendwann erklären wir dann der Bevölkerung, warum Investitionen in neue Schulhäuser, Spitäler oder in den ÖV leider nicht mehr möglich seien. Das alles kennen wir und genau deshalb sagt die EVP: Vorsicht! Der römische Philosoph Seneca sagt es einmal treffend: Kurzfristige Vorteile sind oft langfristige Fehler.

Als EVP stehen wir für Stabilität statt für Automatismus. Wir können heute mit einem Steuerfuss von 98 Prozent leben. Die EVP ist also nicht per se gegen eine Steuerfussenkung, aber wir sind gegen einen Automatismus. Nur weil es gerade gut läuft – oder vielleicht, weil bald einmal Wahlen sind –, sollen jetzt auf Teufel komm raus die Steuern gesenkt werden. Gute Finanzpolitik fragt eben nicht «was kommt gut an?», sondern sie fragt «was ist nachhaltig? Was dient der nächsten Generation?». Wir brauchen finanzielle Stabilität, um in Bildung, Sicherheit, Gesundheit, in sozialen Zusammenhalt zu investieren. Das sind keine Luxusausgaben, wie wir es gehört haben, das sind die tragenden Balken unseres Kantons, das garantiert den Zusammenhalt in unserer Bevölkerung.

Der Kanton Zürich ist keine Brockenstube mit einem roten Zettel dran «Alles muss raus, heute 20 Prozent Rabatt auf alles!» oder «5 Prozent» oder «3 Prozent», er ist ein gut geführter Haushalt mit Verantwortung für morgen und übermorgen. Wer jetzt Steuern senkt, verkauft solide Substanz, nur damit es kurzfristig in der Kasse klingelt. Deshalb sagen wir: Keine Rabattaktion auf Kosten der Zukunft! Deshalb lehnen wir eine erneute Steuersenkung ab und stimmen für die Beibehaltung des Steuerfusses von 98 Prozent.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen): Wir senken die Steuern jetzt nicht für die Reichsten im Kanton Zürich, sondern für potenziell sehr gut Verdienende, die in Zukunft viele Steuern zahlen. Ich sage es offen: Ich will gute Steuerzahler, ich will die besten Steuerzahler im Kanton Zürich. Denn sie tragen den Löwenanteil unserer Staatsausgaben, dieser 20 Milliarden Franken. Und selbstverständlich, natürlich, das ist ja logisch, Selma, profitieren die Reichen am meisten von einer Steuersenkung – direkt. Aber indirekt profitieren Sie, wir, alle von Ihnen, wenn sie diese hohen Steuern zahlen, denn das finanziert unseren ganzen Haushalt, unsere Schulen, unsere Strassen, das, was wir brauchen. Tiefe Steuern setzen eben einen richtigen Anreiz. Jeder Kanton mit tiefen Steuern hat heute höhere Einnahmen: Zug, Schaffhausen, Basel-Stadt, Genf – eine linke Stadt –, aber auch Luzern. Ich kann mich daran erinnern: Vor 15 Jahren hat Luzern begonnen, die Steuern zu senken. Man war hämisch, weil sie dort zuerst ein riesiges Defizit hatten. Alle haben gelacht und gesagt «das wird nie funktionieren, jetzt müssen sie sogar die natürlichen Steuern erhöhen». Jetzt hat die Stadt Luzern erneut die Steuern gesenkt, der Grund ist die sehr gute finanzielle Lage. Schauen Sie, wenn Sie ein Problem haben und Ihre Investitionen in Zukunft nicht mehr finanzieren können, dann müssen Sie ein Investment machen in potenziell gute Steuerzahler, die dann hierbleiben oder die hierher nach Zürich kommen. Die finanzieren einen grossen

Teil der angestauten Investitionen, das ist der Grund. Das heisst, Steuersenkung machen wir nicht für die breite Masse, das ist klar, aber wir brauchen die guten Steuerzahler und für diese müssen wir attraktiv sein. Und dann bleiben sie hier und bezahlen hier die Steuern, und dann können Sie das finanzieren.

Und dann der Vorwurf der SP bezüglich Schulden: Also ich habe das ein sehr gutes Votum gefunden, ich sehe die Verschuldung genauso kritisch. Aber wenn man die Stadt Zürich, die links regiert ist, anschaut, dann hat man nur zwei Rezepte, Schulden und Steuern, und das kann ja nicht aufgehen. Wir wollen auch keine Verschuldung, deshalb sagen wir: Mit tieferer Steuer generieren Sie ein breiteres Steuersubstrat, das verhindert, dass Sie zukünftig mehr Schulden machen müssen. Damit man gleichzeitig keine Schulden macht, ist es wichtig, dass man bei den Ausgaben diszipliniert ist in dieser Phase, in der man die Steuern senken muss, damit man langfristig dann den dynamischen Effekt spielen lassen kann.

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Als einfacher Kantonsrat spreche ich zum ersten Mal während dieser Budgetdebatte. Meine Interessenbindung, wieso ich für tiefere Steuern bin: Ich bin im KGV-Vorstand (*Kantonaler Gewerbeverband*), Unternehmer mit zwei KMU in diesem Kanton und zahle jedes Jahr, wie ich finde, definitiv zu viel Steuern in diesem Kanton. In meiner Wohngemeinde Thalwil sehe ich am ehesten, was mit den Steuern passiert. Im Kanton bin ich kritischer. Und am allerkritischsten bin ich bei all dem Geld, das in Richtung des Möchtegern-Kantons und der alles einklagenden Stadt Zürich geht. Links-Grün und leider auch die Regierung sagen, dass wir uns eine Steuersenkung nicht leisten können. Da gibt es genügend Gegenargumente, wo leider oft der Wille und die Mehrheit fehlt, daran etwas zu ändern.

Zwei Beispiele: Wir mussten uns letzte Woche anhören, dass die Kunst im Allgemeinen sehr wichtig, Künstler quasi zwingend notwendig seien für uns alle. Ich nehme ein Beispiel, das Opernhaus, das der Kanton zahlt: Ich kenne mindestens 100-mal mehr Leute, die nie in die Oper gehen, als umgekehrt, unabhängig davon, ob sie es sich nicht leisten können oder wollen. Es wäre an der Zeit, dass die riesengrosse Mehrheit dies nicht mehr so massiv mitzahlen muss. Und nein, ob Kunst konsumiert wird oder nicht, entscheiden nicht wir hier, also eigentlich die links-grüne Ratsseite, sondern diejenigen, die die Institutionen nutzen oder eben nicht. Wieso alles, was mit Bildung zu tun hat, bei einer Nichterhöhung immer gleich eine Kürzung ist, ist sehr speziell. Auch nach 25 Jahren Politik auf verschiedenen Stufen wundere ich mich, dass Links-Grün den Unterschied zwischen «wirklich ein Budget kürzen» und «ein Budget nicht erhöhen» schlichtweg nicht versteht beziehungsweise nicht verstehen will. Die Rednerinnen und Redner der linken Ratsseite haben oft direkt oder indirekt für sich selbst geredet beziehungsweise ihre Berufe aller Art, wo sie tätig sind oder tätig waren. Das ist nicht verboten, aber jetzt kommen wir tatsächlich mal zum Kern der Budget- und Steuerdebatte, reden wir doch mal über die Steuerzahler und Unternehmen in diesem Kanton, also die, die an das Finanzamt, leider nicht direkt an den Finanzdirektor

– ich bin überzeugt, dann würde das Geld besser ausgegeben werden – überweisen: Im Namen von diesen, nicht von den circa 20 Prozent, die keine Steuern zahlen und bei denen Links-Grün trotzdem noch in allen Bereichen alles übernehmen will, nein, für die anderen, die einen funktionierenden Kanton Zürich überhaupt möglich machen; er würde sonst nicht funktionieren. Diese wollen wir, die SVP, die EDU und auch die FDP, für einmal entlasten mit 5 Prozent weniger Steuern. Das ist notwendig, absolut möglich und es würde unseren Kanton insgesamt für einmal positiv aussehen lassen, auch im kantonalen Vergleich. Da würde sich der Rest der Schweiz wundern: Der Kanton Zürich kann doch auch noch Steuern senken, und für einmal nicht nur um 1 Prozent.

Wieso die GLP immer nur bei Unternehmenssteuern und viel weniger oder kaum bei Steuern auch für natürliche Personen mit uns stimmen will, werde ich nie verstehen. Ich sage es mal so: Wählen tun die natürlichen Personen und diejenigen, die wie ich selbst, doppelt zahlen mit den eigenen Unternehmen und privat. Ich sage es klar und deutlich, es sind genau die Leistungsträger unserer Gesellschaft, die morgens aufstehen und arbeiten gehen, Arbeitsplätze schaffen und so weiter, sie wollen wir entlasten. Stimmen Sie Ja zur Steuersenkung, am besten 5 Prozent, aber wenigstens 3 Prozent. Danke.

René Isler (SVP, Winterthur): Es ist schon ein bisschen ein Trauerspiel, diese Budget-Debatte, wenn man sie mit anderen Jahren vergleicht. Ich habe von niemandem in diesem Rat gehört, dass das Jahr 2025 für den Kanton Zürich eine Katastrophe war. Wir sind uns doch einig, dieses Jahr, das bald zu Ende geht, war ein hervorragendes Jahr. Das Gesundheitswesen hat funktioniert, wir konnten uns täglich mit dem ÖV bewegen, es standen keine Kinder auf der Strasse, die Schulen haben funktioniert. Und jetzt müsste man doch eigentlich meinen, man könne das Budget 2024/2025 nehmen und ins 2026 transferieren. Aber oha, wir haben ein Anstieg von 720 Millionen Franken, und das ist einfach schlicht und ergreifend unanständig. Das ist unanständig und auch für die Zukunft schlecht. Und hier zu sagen, dass, wenn wir jetzt da ein wenig, nur ein wenig von den 720 Millionen Franken Mehraufwand wegnehmen, dann das Schulsystem brachliege, keine Züge mehr fahren, keine Tramverbindungen mehr geschaffen würden, ist einfach blauäugig. Das stimmt hinten und vorne nicht. Uns geht es hervorragend, vielleicht hören wir das auch einmal noch vom Finanzminister, der Kanton Zürich ist hervorragend aufgestellt. Und ich weiss nicht, in den letzten 24 Jahren hatte ich schon sehr viele Bibeln vor mir (*gemeint ist das umfangreiche Budget- und KEF-Buch*). Unser Finanzminister ist mittlerweile schon im 38. Budget (*als Altkantons- und Regierungsrat*), einfach mal so bemerkt. Wenn er noch zwei Jahre bleibt, hat er ein Jubiläum. Und es gibt nur eine Richtung, alle Zahlen gehen nach oben, alle. Und bei jeder Steuersenkung hatte man das Gefühl, dass der Kanton Zürich jetzt zerfällt, dass wir jetzt tot sind, jawohl: Jetzt gibt es keine Schule mehr, fahren keine Züge mehr, die Verletzten sterben draussen auf der Strasse. Nein, der Kanton Zürich ist hervorragend aufgestellt, und es wollen ja alle in den Kanton Zürich. Nur dort, wo Links-Grün eine Mehrheit hat, in den Gemeinden beziehungsweise auch in den Städten wie Winterthur, ist und bleibt das ein Sanierungsfall, weil

man die Ausgaben übermässig beansprucht und die Einnahmen eigentlich nicht das Problem sind, es sind tatsächlich die Ausgaben. Aber dem Kanton Zürich als solchem geht es hervorragend, geht es auch mit 5-prozentiger Steuersenkung noch hervorragend. Denn wir haben auch dann immer noch ein riesiges Plus, bei dem sich andere Kantone alle vier oder fünf oder zehn Finger abschlecken würden. Also ich bitte Sie, stimmen Sie dieser moderaten Steuersenkung von 5 Prozent zu, und ich danke Ihnen.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Ich kann, René Isler, Ihrem Votum einen gewissen Unterhaltungswert attestieren, aber es hat einfach überhaupt nichts mit der Sache zu tun oder mit irgendetwas, was hier gesagt wird. Es hat noch gar niemand behauptet, der Kanton breche zusammen wegen Steuersenkungen, sondern es ist eben eine Frage der Balance, Markus Schaaf hat das ja auch schön gesagt. Und ja, wir brauchen gute Steuerzahlende, aber wenn Sie die Steuern zu stark senken und dann eben nur noch gute Steuerzahlende da sind, dann sind die anderen irgendwann weg. Niemand mehr kann sich Wohnungen leisten, reden Sie mal mit Menschen, die im Kanton Zug oder im Kanton Schwyz aufgewachsen sind, wie sich dort die Wohnungspreise entwickeln.

Und ich möchte noch eine kleine Anmerkung machen zu dem Weltbild, das hier teilweise vertreten wird. Ich habe gehört, der Staat ziehe den Menschen das Geld aus der Tasche. Dass wir Steuern erheben, ist ein Verfassungsauftrag. Ich hoffe, Sie ehren alle die Verfassung, wir haben ja alle einen Eid darauf abgelegt. Und das ist nicht eine Frage der persönlichen Befindlichkeiten, sondern wir sollten uns an die Verfassung halten. Die Steuern sind eben dazu da, dass wir nachher staatliche Leistungen daraus zahlen, dazu gehört eben das Gesundheitssystem, dazu gehören Schulen. Und auch dieses Narrativ, es seien ja nur Menschen mit rechter Gesinnung, die Steuern zahlen, das ist einfach völliger Quatsch. Also auch linke Menschen zahlen Steuern, und hören Sie doch auf mit diesen immer latenten Anschuldigungen.

Tobias Langenegger (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich halte mich kurz, nur ein paar Repliken:

Tobias Weidmann, wenigstens warst du ehrlich. Du warst der Einzige hier drin, der von der bürgerlichen Seite ehrlich war. Ihr wollt, dass die reichsten Leute hierherziehen, und das ist ja auch noch interessant, wenn du mal ein Pro-Zuwanderung-Votum hältst.

Erstens: Trickle-down, das funktioniert nicht, das können Sie überall nachschauen. Die Reichsten profitieren, es kommt überhaupt nichts unten an. Es gibt diverse ökonomische Untersuchungen zu diesem Thema, Reagan (*Ronald Reagan, US-amerikanischer Präsident*) hat das eingeführt. Es wurde schon oft angeschaut, das funktioniert nicht.

Zweitens: Die Stadt Zürich investiert zum Beispiel eben in Immobilien. Sie senkt nicht die Steuern und muss sich dann verschulden, sondern sie verschuldet sich zum Beispiel, um Immobilien zu kaufen. Das wissen Sie, das ist ein Bilanztausch,

und wahrscheinlich ist das sehr sinnvoll im Volksvermögen, weil der Preis von Immobilien in der Regel steigt. Das ist Win-win für die Bevölkerung.

Dann zur FDP: Irgendwie etwas davon zu sagen, der Staat ziehe das Geld aus der Tasche, das ist wirklich..., ich verstehe Sie nicht. Sie waren einmal eine staatstragende Partei, jetzt kommt wirklich nichts Gescheites mehr heraus, das finde ich sehr bedenklich. Ich sprach von der Krise. Niemand von Ihnen hat auf mein Votum zur Krise reagiert. Denken wir an die letzte Krise, denken wir an Corona (*Covid-19-Pandemie*). Wo waren da die Kantone Nidwalden, Obwalden, Zug, Schwyz, wo waren sie? An die Tür des Kantons Zürich haben sie geklopft und gefragt: «Dürfen wir auch noch ein paar Beatmungsgeräte haben von euch, dürfen wir bitte auch eure Spitalbetten belegen?» Sie haben sich kaputtgespart und waren in der Krise nicht fähig, ihre Bevölkerung zu schützen. Der Finanzdirektor ist im Fernsehen aufgetreten und hat gesagt: «Schauen Sie, das ist einfach ein bisschen schwierig, wenn diese Kantone immer, immer die Steuern senken. Und dann, wenn wir eine Krise haben, sind sie nicht in der Lage, ihre Bevölkerung zu schützen.» Der Kanton Zürich, der ist stark. Er hat eine gute Infrastruktur, das zeichnet ihn aus und das reden Sie immer schwach. Sie sagen immer, der Kanton Zürich sei unattraktiv. Keine einzige Statistik – schauen Sie die Statistik an – belegt, dass der Kanton Zürich unattraktiv ist. Die FDP hat es am ehrlichsten gesagt, sie sagt: «Wir möchten einfach den Staat disziplinieren.» Sie möchte nichts anderes, als dass die breite Bevölkerung nicht mehr vom Staat profitiert.

Wir machen eine Politik für den Mittelstand, wir machen eine Politik für die breite Bevölkerung. Wenn Sie das auch machen würden, dann würden Sie diese Steuer-senkung ablehnen. Danke.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Nun, ich habe noch keine 38 Budgets beraten wie der Herr Finanzdirektor, aber bin jetzt dennoch schon bei sage und schreibe acht Budgetdebatten angelangt. Und mich haben insbesondere die Voten der SVP- und der FDP-Sprecher überrascht. Ich muss Sie in Schutz nehmen, Sie waren im Dezember 2021 noch nicht im Rat, aber vielleicht erinnern sich einige ältere Kolleginnen und Kollegen daran: Ein ehemaliger Kantonsratskollege (*Alt-kantonsrat Hans-Peter Amrein*) – er ist jetzt wahrscheinlich auf der Tribüne und schreibt die «Tribüne» (*Online-Meinungsplattform*), welche ich übrigens sehr interessiert lese – fordert einen Steuerfuss von 92 Prozent, also gerade einmal 1 Prozent weniger, als Sie das jetzt tun. Nun, wenn ich 2021 mit 2025 vergleiche, dann hatten wir damals noch keine Investitionspriorisierung. Und wenn Sie im Protokoll der entsprechenden Sitzung nachschauen, dann sehen Sie, wurde dieser Antrag Amrein mit gerade einmal einer Stimme, und zwar der Stimme des Erstunterzeichners, unterstützt. Weder die FDP noch die SVP haben in ihren Voten den Antrag überhaupt gewürdigt. Warum, weiss ich nicht. Vielleicht haben Sie das für einen Witz gehalten oder gedacht, dieser Antrag sei ein Scherz. Aber auch die Kantonsräte Weidmann, Suter und Isler haben den Antrag damals abgelehnt. Lehnen Sie also bitte alle Anträge ab. Herzlichen Dank.

Regierungsrat Ernst Stocker: Erlauben Sie mir eine Vorbemerkung: Wer ist denn der Kanton? Einige haben jetzt gesagt, «der Kanton zieht mir das Geld zum Sack heraus». Wer ist denn der Kanton, wenn nicht Sie, der Kantonsrat, vielleicht noch mit der Regierung zusammen? Wir haben das festgelegt, was bestellt wird und wer bezahlen muss und wie viel. Und darum staune ich schon, wenn man sagt, «der Kanton» und «das ist Kantonsgeld». Das ist unser Geld und das Geld der Bevölkerung. Das geben wir für unsere Bevölkerung aus und – Tobias Langenegger hat es gesagt – auch noch für die Bevölkerung von anderen Kantonen, da sind wir sehr grosszügig. Die finanzielle Auswirkung der verschiedenen Steuerfussanträge muss ich Ihnen nicht erläutern, das wurde bereits gemacht. Wir haben das in Anfragen gemacht, der FIKO-Präsident hat es gesagt. Und dass nicht nur der Steuerfuss entscheidend ist, sondern dass auch die Wirtschaftslage mindestens so entscheidend ist für die Steuererträge, das haben wir auch gesagt, aber ich möchte es nochmals betonen.

Der Regierungsrat hat Ihnen einen gleichbleibenden Steuerfuss beantragt, um in Anbetracht der hohen Investitionen die Verschuldung einigermaßen im Griff zu halten und auch den immerwährenden neuen Aufgaben, die man dem Staat zuschieben möchte – auch von Ihrer Seite – irgendwie finanziell Paroli zu bieten. Ich könnte eine ganze Liste nennen, aber die Zeit erlaubt mir das nicht. Ich bin mir aber auch bewusst, dass die erfreuliche Prognose – und ich sage «erfreulich» – zum Rechnungsergebnis 2025 Hoffnung schürt und auch gewisse Spielräume schafft. Ich möchte aber festhalten, und das möchte ich hier noch einmal allen sagen, die meinen, wir hätten zu viele Überschüsse gemacht: Die Verschuldung ist gestiegen. Und ich habe es gesagt und ich sage es nochmals: Wir müssen mindestens 300 Millionen Franken Überschüsse machen, damit wir alles bezahlen können, was wir hier bestellt und in Auftrag gegeben haben. Wer eine Steuersenkung von 2 bis 3 Prozent vertritt, was ich nachvollziehen kann, der will ein Zeichen setzen für die 30 Prozent guten Steuerzahler im Kanton Zürich – das hat der Tagi (*Tages-Anzeiger*) geschrieben –, die 80 Prozent der Steuereinnahmen des Kantons bestreiten. Also 30 Prozent zahlen 80 Prozent von diesen 6,5 Milliarden Einnahmen der natürlichen Personen. Und der Kanton Zürich hat eine hohe Progression. Ebenfalls will man die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Zürich verbessern.

Fazit für mich, Sie haben zu entscheiden, aber ich sage Ihnen: Man kann es wagen, aber die Konsequenz daraus ist natürlich, dass Sie gleichzeitig die Haushaltsmassnahmen der Regierung unterstützen und nicht laufend weitere Aufgaben beschliessen. Sonst wird das Ganze nicht aufgehen und dann werden wir in den nächsten Jahren Konsequenzen daraus zu tragen haben. Denn der Fünfer und das Weggli, das gibt es nirgends auf der Welt, auch im Kanton Zürich nicht. Besten Dank.

Ratspräsident Beat Habegger: Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wir haben fünf gleichwertige Anträge zu behandeln. Ich erinnere Sie, es gibt den Antrag der Finanzkommission auf 95 Prozent, den Antrag von Marc Bochsler auf 93 Prozent, den Antrag von Selma L'Orange Seigo auf 98 Prozent, den Antrag von Ronald

Alder auf 96 Prozent und den Antrag von Manuel Sahli auf 100 Prozent. Wir werden nach Paragraf 76 des Kantonsreglements im Cup-System abstimmen. Die Türen sind zu schliessen, damit wir die Zahl der Anwesenden ermitteln können. Ich gebe Ihnen noch bekannt, wie das ganze Prozedere abläuft: Wenn keiner der Anträge das absolute Mehr auf sich vereint, wird entschieden, welcher der beiden Anträge, die am wenigsten Stimmen gemacht haben, ausscheidet; das ist dann die sogenannte Hoffnungsrunde. Und wir setzen das Verfahren fort, bis einer der Anträge die Mehrheit erlangt.

Die Türen sind geschlossen, wir werden jetzt die Präsenz ermitteln. Für das Ermitteln der Präsenz drücken Sie bitte die Taste 1.

Abstimmungen im Cupsystem

Anwesende Ratsmitglieder	176
Absolutes Mehr	89 Stimmen

Abstimmung 1

Antrag der FIKO	88 Stimmen
Antrag von Marc Bochsler	0 Stimmen
Antrag von Selma L'Orange Seigo	59 Stimmen
Antrag von Ronald Alder	23 Stimmen
Antrag von Manuel Sahli	5 Stimmen

Ratspräsident Beat Habegger: Es hat ein bisschen länger gedauert, weil unsere Abstimmungsanlage sich nicht so verhalten hat, wie sie sich verhalten müsste. Keiner der Anträge hat das absolute Mehr erhalten.

Wir kommen jetzt zur sogenannten Hoffnungsrunde, in der ich die beiden Anträge einander gegenüberstelle, die am wenigsten Stimmen auf sich vereinigt haben.

Abstimmung 2

Antrag von Marc Bochsler	88 Stimmen
Antrag von Manuel Sahli	64 Stimmen
Enthaltungen	23 Stimmen

Ratspräsident Beat Habegger: Damit scheidet der Antrag von Manuel Sahli aus. Wir kommen zur nächsten Runde.

Abstimmung 3

Antrag der FIKO	88 Stimmen
Antrag von Marc Bochsler	0 Stimmen
Antrag von Selma L'Orange Seigo	64 Stimmen
Antrag von Ronald Alder	23 Stimmen

Ratspräsident Beat Habegger: Damit kommen wir zur nächsten Hoffnungsrunde. In dieser stellen wir den Antrag von Marc Bochsler dem Antrag von Ronald Alder gegenüber.

Abstimmung 4

Antrag von Marc Bochsler	88 Stimmen
Antrag von Ronald Alder	87 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

Ratspräsident Beat Habegger: Damit scheidet der Antrag von Ronald Alder aus. Wir kommen zur nächsten Abstimmungsrunde.

Abstimmung 5

Antrag der FIKO	88 Stimmen
Antrag von Marc Bochsler	0 Stimmen
Antrag von Selma L'Orange Seigo	87 Stimmen

Ratspräsident Beat Habegger: Wir kommen zur nächsten Hoffnungsrunde, in der ich den Antrag von Marc Bochsler dem Antrag von Selma L'Orange Seigo gegenüberstelle.

Abstimmung 6

Antrag von Marc Bochsler	88 Stimmen
Antrag von Selma L'Orange Seigo	87 Stimmen
Enthaltungen	0 Stimmen

Ratspräsident Beat Habegger: Damit scheidet der Antrag von Selma L'Orange Seigo aus. Wir kommen zur Schlussrunde.

Abstimmung 7

Der Antrag der Finanzkommission wird dem Antrag von Marc Bochsler gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 100 : 75 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der FIKO und damit einem Steuerfuss von 95 Prozent für die Jahre 2026 und 2027 zuzustimmen.

Ratspräsident Beat Habegger: Damit ist die Steuerfuss-Vorlage abgeschlossen. Wir müssen in der Leistungsgruppe 4910 keine Veränderungen vornehmen, weil dort ja bereits der Antrag der Finanzkommission eingestellt war. Ich gebe Ihnen kurz bekannt, wo wir stehen:

Unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen über die letzten Tage, ergeben sich im Budget die folgenden Kennwerte: in der Erfolgsrechnung ein Aufwandüberschuss von 314 Millionen Franken, in der Investitionsrechnung Ausgaben von 1,284 Milliarden Franken.

Damit kommen wir jetzt zur Beratung der Anträge auf Zustimmung beziehungsweise Ablehnung des Budgets.

Minderheitsantrag Tobias Langenegger, Christoph Fischbach und Selma L'Orange Seigo:

Das Budget für das Rechnungsjahr 2026 wird abgelehnt.

Karl Heinz Meyer (SVP, Neerach), Präsident der FIKO: Wie bereits im Einführungsreferat erwähnt, empfiehlt die Finanzkommission das Budget 2026 mit 8 zu 3 Stimmen zur Annahme. Eine Minderheit beantragt dem Kantonsrat, das Budget abzulehnen.

Die zustimmende Kommissionsmehrheit vertritt die Ansicht, dass die kantonalen Ausgaben in den letzten Jahren stark gewachsen sind, teilweise überproportional zur Bevölkerungsentwicklung. Die Reduktion des Steuerfusses um 3 Prozent vermindert die Einnahmen zwar um 246 Millionen Franken pro Jahr, schafft aber den nötigen Druck für effizientere Strukturen. Gleichzeitig bleibt die Finanzlage sehr robust. Die Jahresrechnungen liegen seit Jahren deutlich über dem Budget. Auch das laufende Jahr wird voraussichtlich mit einem Überschuss von mehr als einer halben Milliarde Franken abschliessen. Erfahrungen aus den Nachbarkantonen zeigen nach Dafürhalten der Kommissionsmehrheit zudem, dass Steuersenkungen das Steuersubstrat sichern, die Standorttreue von Unternehmen und Haushalten stärken und mittelfristig sogar Mehreinnahmen bringen können.

Die Steuerentlastung wird als verantwortbar erachtet und stärkt die Attraktivität des Kantons Zürich als Lebens- und Wirtschaftsstandort. Die Investitionstätigkeit bleibt trotz Steuerfussreduktion auf hohem Niveau. Dank Priorisierung können zentrale Projekte in Bildung, Infrastruktur und weiteren Bereichen planmässig umgesetzt werden, ohne dass die Verschuldung unkontrolliert ansteigt.

Für die Kommissionsmehrheit ist das beantragte Budget 2026 Ausdruck einer verantwortungsvollen und vernünftigen Finanzpolitik, weshalb sie es mit den beantragten Änderungen zur Annahme empfiehlt.

Demgegenüber lehnt die Kommissionsminderheit das Budget ab. Die geplante Steuersenkung von 3 Prozent schränkt ihres Erachtens den finanziellen Handlungsspielraum des Kantons unnötig ein und gefährdet wichtige Investitionen in Schulhäuser, öffentlichen Verkehr und andere Zukunftsprojekte... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Ratspräsident Beat Habegger: Das Wort wird weiter nicht mehr gewünscht, damit kommen wir zur Schlussrunde. Ich gebe den Fraktionsvorsitzenden jeweils das Wort für maximal fünf Minuten.

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen): Relevant in diesem Budget ist nicht die Steuersenkung, relevant ist, dass der Kanton Zürich erstmals über 20 Milliarden Franken ausgibt. Und trotzdem reden wir seit Tagen über Prozentpunkte, Detailfragen und Nebengeräusche, aber nicht über das eigentliche Problem. Wenn man die Finanzen des Kantons Zürich beurteilen will, darf man sich nicht von Steuersätzen, Defiziten oder Finanzierungsmethoden ablenken lassen. Das Einzige, was wirklich zählt, ist die Frage, wie viel der Staat insgesamt ausgibt. Und hier liegen wir erstmals bei über 20 Milliarden Franken. Ob der Staat diese Ausgaben direkt über Steuern einzieht oder indirekt über neue Schulden und Inflation finanziert, für die Bevölkerung bleibt die Belastung dieselbe. Diese 20 Milliarden sind die wahre Steuer. Darum ist es völlig inkonsequent, wenn die Mitte zwar eine Steuersenkung mitträgt, aber keine einzige Kürzung beim Aufwandwachstum unterstützt. Man kann die Last der Totalausgaben nicht einfach wegdiskutieren. Darum sollte sich dieses Parlament konsequent auf eine einzige Kennzahl konzentrieren, die Gesamtausgaben des Staates, alles andere sind Nebengeräusche.

Ein Staat, der Jahr für Jahr mehr ausgibt, kontrolliert mehr Ressourcen, trifft mehr Entscheidungen und verdrängt Schritt für Schritt Eigenverantwortung und privaten Wohlstand. Ein Staat, der weniger ausgibt, lässt Freiheit zu, Innovation und Wohlstand, so einfach ist es.

Fassen wir zusammen: Die Linken kennen nur zwei Rezepte, Steuern und neue Schulden. Die Mitte lässt sich von jedem politischen Gegenwind beeindrucken und die GLP fährt wie immer ihren Sonderzug für Zahlenspielerereien: Ob 2 oder 3 Steuerprozent ist für sie matchentscheidend, der gleiche Zahlenfetischismus wie bei ihren Klimazielen hinter dem Komma. Und weil diese sogenannten Mitte-Parteien keinen Mut haben, gab es auch dieses Jahr wieder das gleiche Budgettheater ohne echte Korrekturen.

Immerhin, wir haben die Steuern gesenkt, ob es am Ende 2, 3 oder 5 Prozent waren, die Richtung ist entscheidend. Der Kanton Zürich muss wieder attraktiv werden für gute Steuerzahler. Und eines muss man klar sagen: Wer 270 Millionen Franken für Velowegprojekte einplant und jährlich rund 90 Millionen Franken dafür ausgibt, kann nicht glaubwürdig behaupten, für Steuersenkungen fehle das Geld. Von der heutigen Steuersenkung profitieren wir indirekt alle, weil wir ein gesundes Fundament für diejenigen Steuerzahler legen, welche den Grossteil unserer 20 Milliarden Ausgaben finanzieren. Kapital ist flüchtig. Das ist keine Ideologie, das ist Realität.

Wer ist nun dafür verantwortlich, dass die Ausgaben auf über 20 Milliarden geklettert sind? Nicht die Regierung, ich mache der Regierung keinen einzigen Vorwurf, im Gegenteil, sie setzt um, was wir hier bestellen. Die Verantwortung für das Wachstum auf über 20 Milliarden liegt bei uns Politikern auf Kantons- und Bundesebene. Wir beschliessen jedes Jahr neue Aufgaben, neue Programme mit neuen Stellen. Und noch ein Wort zur GLP, es ist das zweite Wort: Sie gibt sich liberal im Branding, ruft aber bei jeder Gelegenheit nach mehr Nanny-Staat bei Kinderbetreuung, Elternzeit oder Klimasubventionen. Das ist nicht liberal, das ist EU-Politik.

Wir haben heute kein Einnahmenproblem, wir haben ein Ausgabenproblem. Steuerensenkungen sind kein Geschenk, sie sind eine Investition in Wachstum, Freiheit und die langfristige Finanzierbarkeit unseres Kantons. Darum stehen wir hinter dieser Steuerensenkung, darum fordern wir die nächste in zwei Jahren. Wer Freiheit und Wohlstand will, muss den Mut haben, den Staat zu begrenzen. Vielen Dank.

Sibylle Marti (SP, Zürich): Nach vier Sitzungen sind wir nun am Ende der Budgetdebatte 2026. Herausgeschaut haben fünf mehrheitsfähige Vorstösse; einer davon geschenkt, es sind die 50 Millionen Franken Pauschalkürzung im Reptilienfonds. Sein Effekt? Null. Das Einzige, was der Antrag macht, ist etwas Kosmetik am defizitären Saldo. Dann bleiben noch vier Anträge mit einer Gesamtsumme von knapp 7 Millionen Franken. Wahrscheinlich werden sie angesichts ihrer Begründung auch nicht viel bewirken. Entweder handelt es sich um gebundene Ausgaben, auch wenn Marc Bochler dieses Wort nicht gerne hört, oder den Kürzungen stehen Einnahmen gegenüber, die dann konsequenterweise ebenfalls hätten gekürzt werden müssen, also ein Nullsummenspiel. 7 Millionen Franken reichen wahrscheinlich nicht einmal aus, um die höheren Zinsen infolge der Steuerensenkung zu finanzieren. Das zeigt die ganze Absurdität der rechten Finanzpolitik, Sie machen schlicht Ihren Job nicht.

Tobias Langenegger (SP, Zürich): Anstatt systematisch zu schauen, welche Budgetposten steigen, schauen Sie einfach die Direktion an (*gemeint ist die Direktion der Justiz und des Innern*), die Sie wegen der Vorsteherin (*Regierungsrätin Jacqueline Fehr*) nicht mögen. Was das mit Finanzpolitik zu tun hat, ist uns schleierhaft. Und hören Sie endlich auf mit dem Personalwachstum. Der Finanzdirektor hat es Ihnen letzten Montag gesagt, das Personal in der Kernverwaltung wächst weniger stark als die Bevölkerung. Auch hier braucht es halt etwas Arbeit. Wir haben diese Arbeit gemacht und uns das Personalwachstum der letzten Jahre genau angeschaut. Im Konsolidierungskreis 1 sind fast 75 Prozent des Personalwachstums durch die folgenden Positionen begründet: Volksschule plus 57 Prozentpunkte, nun ja, es gab halt in den letzten zehn Jahren mehr Schülerinnen und Schüler, weitere 5,3 Prozentpunkte in der Mittelschule, wohl mit der gleichen Begründung. Dann folgen noch je knapp 7 Prozent bei der Polizei und, als direkte Konsequenz davon, beim Justizvollzug. Die entscheidenden Treiber sind im Konsolidierungskreis 3 und hier konkret das Universitätsspital Zürich und das Kantonsspital Winterthur, die zusammen über 50 Prozent des Personalwachstums ausmachen. Aber dieses Personal erbringt Leistungen, die abgegolten werden, die Kosten sind also gedeckt. All das berücksichtigen Sie in Ihrer Arbeit nicht. Sie hauen irgendwelche Schlagworte und Initiativen raus – ohne Substanz dahinter –, und das alles nur, um die Steuern für die Wohlhabendsten zu senken.

Sibylle Marti fährt fort: Eigentlich ging es Ihnen bei dieser Debatte nämlich immer nur um die Steuerfussensenkung. Die Konsequenzen dieser 3 Prozent sind Ihnen wohl allen bewusst: Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt, die Schulden stei-

gen, die Bonität nimmt ab und die Zinslast wird grösser. Spüren wird es die Bevölkerung, denn der Kanton wird bei einer wachsenden Bevölkerung nicht den gleich guten Service public mit weniger Geld finanzieren können, das geht finanzpolitisch nicht. Da von der Steuersenkung nur die Wohlhabendsten profitieren, während vom Service public alle profitieren, machen Sie eine knallharte Umverteilung von unten nach oben: Wer hat, dem wird gegeben.

Wir lehnen dieses Weihnachtsgeschenk für diejenigen, die es nicht nötig haben, entschieden ab. Stattdessen erinnern wir Sie an die Probleme der Bevölkerung. Das UBS-Sorgenbarometer 2025 (*Schweizer Grossbank*) von letzter Woche hat es eindrücklich gezeigt: steigende Mieten, explodierende Prämien, sinkende Kaufkraft. Machen Sie Ihren Job, finden wir gemeinsam Lösungen, die die Zürcher Bevölkerung weiterbringen.

Tobias Langenegger fährt fort: Zum Schluss möchten wir noch dem Personal danken. Nur dank seinem enormen Einsatz für den Kanton Zürich steht dieser nach wie vor gut da. Wir hören aber auch, wie belastet die Pflegepersonen in den Spitälern oder die Lehrpersonen in den Klassenzimmern sind. Hier braucht es Lösungen, denn wir sind auf eine starke Volksschule, eine starke Gesundheitsversorgung, einen starken öffentlichen Verkehr angewiesen. Das ist das Rückgrat des Kantons Zürich und dem gilt es entsprechend Sorge zu tragen.

Nun wünsche ich Ihnen allen erholsame Festtage und hoffe, dass die nächste Budgetdebatte nicht wieder eine Lotterie wird, die davon abhängt, welche Kantonsrätinnen und Kantonsräte gerade im Spital sind, weil wir dann hoffentlich eine Stellvertretungsregelung kennen. Besten Dank.

Claudio Zihlmann (FDP, Zürich): Ach, was haben wir nicht alles erlebt in diesen drei Tagen Budgetdebatte! Eine leichte Verzögerung des Starts der Debatte liess offensichtlich genervte Regierungsräte zurück, obwohl man als Parlament vom Regierungsrat eigentlich erwarten kann, dass die Tage der Budgetdebatte im Kalender dick und fett blockiert sein sollten. Eine Justizdirektorin (*Regierungsrätin Jacqueline Fehr*), die sagte, sie schere sich nicht um den Parlamentsentscheid zur Kürzung von Stellen und werde machen, was sie wolle, das ist purer Hohn. Sie hat offensichtlich das Konzept der Gewaltenteilung nicht verstanden, und das ist mehr als bedenklich.

Und dann gab es Unverständnis der Linken, dass die Bürgerlichen und insbesondere die FDP auch kritisch mit dem bürgerlichen Regierungsrat umgingen. Ja, geschätzte Linke, das nennt man Gewaltenteilung. Es ist nicht nur das Recht, sondern auch unsere Pflicht, dem Regierungsrat auf die Finger zu schauen, egal, was für Mehrheiten in der Exekutive existieren. Zudem wurde uns bei der Debatte des Reptilienfonds (*Leistungsgruppe 4950*) vorgeworfen, dass wir keine konkreten Sparanträge machen würden. Dass danach Dutzende sehr konkret und gut begründete Anträge folgten, das interessierte Sie offenbar nicht mehr. Und zuletzt hoffe ich doch, dass der Herr Finanzdirektor mit Martin Huber das versprochene Bier auch nach dieser Steuerfussenkung noch trinken wird.

Doch nun zum Kern: Zürich, wir haben ein Problem, denn heute haben wir eine Chance verpasst, eine Chance, unsere Bürgerinnen und Bürger, aber auch unseren Wirtschaftsstandort nachhaltig zu entlasten. Eine Steuersenkung von 3 Prozent ist zu wenig, denn der Kanton Zürich hat ein Problem, ein Steuerproblem. Denn auch nach dieser minimalen Steuersenkung werden am Ende des Tages immer noch Unternehmen und Arbeitsplätze unseren Kanton verlassen und gute Steuerzahlende sich in anderen Kantonen ansiedeln. Und die Linke wird nun aufschreiend monieren, dass Steuersenkungen nur den Gutverdienenden zugutekommen. Relativ stimmt das natürlich nicht, absolut mag das aber teilweise stimmen. Doch wir müssen uns die folgenden Zahlen in Erinnerung rufen: 4,5 Prozent der steuerpflichtigen natürlichen Personen im Kanton Zürich bezahlen 40 Prozent der Einkommensteuern, und lediglich 2,6 Prozent der Unternehmen im Kanton Zürich bezahlen sage und schreibe 81 Prozent der Gewinnsteuern. Und das sind genau diese Personen und Firmen, geschätzt Linke, welche Sie zum Teufel jagen wollen. Und dann hoffen Sie, der Weihnachtsmann komme und schütte Steuermilliarden aus. Aufwachen ist angesagt. Fakt ist also: Wenn wir diese guten Steuerzahlenden verlieren, so hat nicht nur der Kanton, sondern haben auch alle Gemeinden sofort ein Problem. Und dann nützt auch eine Investitionspriorisierung nichts mehr, denn dann heisst es Leistungen abbauen, und das will, so hoffe ich, niemand hier drin. Wir sind also in der Pflicht, unseren Standort Zürich so aufzustellen, dass er attraktiv ist und auch bleibt.

Und dafür braucht es jetzt Massnahmen. Dazu müssen wir, erstens, die extrem hohen Steuern auf Kapitalbezüge endlich senken, zweitens, so schnell wie möglich einen Ausgleich der warmen Progression einführen, drittens, die Bürokratie- und Regulierungslast für unsere Unternehmen nachhaltig senken, heute, aber auch für die Zukunft, zum Beispiel mit einem qualifizierten Mehr bei Vorlagen, welche eine gewisse Anzahl an Unternehmen zusätzlich belasten, oder mit einer Regulierungskommission, welche nur Gesetze abbaut, statt neue zimmert. Viertens müssen wir die Schlussfolgerungen aus der verlorenen Abstimmung zur Steuervorlage ziehen und möglichst bald mit einer breiten Allianz einen erneuten Anlauf wagen, vielleicht auch mit einem Päckli. Denn wir erinnern uns, der Kanton Zürich hat die höchsten Gewinnsteuern in der ganzen Schweiz. Und fünftens sind wir in der Pflicht, unserer Bevölkerung wieder aufzuzeigen, wie wertvoll und wichtig unser Standort, unser Wirtschaftsstandort für uns alle hier ist. Aber auch wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier müssen uns ein wenig an der Nase nehmen. Der Regierungsrat hat nicht ganz unrecht, wenn er sagt, dass viele Bestellungen aus dem Parlament kommen. Auch wir müssen uns fragen: Was braucht es wirklich und auf was können wir verzichten?

Ich schliesse mit einem Dank an die geduldigen Medienvertreter, die Polizistinnen und Polizisten, die für unsere Sicherheit da sind, und die Mitarbeiter der Parlamentsdienste für die Hintergrundarbeit bei der Budgetdebatte, Ihnen allen sowie Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte anwesende Regierungsräte. Ich wünsche Ihnen erholsame Festtage, frohe Weihnachten und einen guten Rutsch. Die FDP stimmt dem Budget zu.

Christa Stünzi (GLP, Horgen): Abwiegen, austarieren, ausbalancieren, ausgewogen, im Gleichgewicht, alles Begriffe, die man aus der Backstube kennt, und es sind aber auch Begriffe, die wir in dieser Budgetdebatte gehört haben. Denn beim Budget geht es genau darum: Einnahmen und Ausgaben müssen sich die Waage halten, sie sollen im Gleichgewicht sein. Wir brauchen die notwendigen Mittel für Investitionen, für zukunftsfähige Infrastruktur, Klimaschutz, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, für unsere Sicherheit. Gleichzeitig darf der Staat der Wirtschaft und den Privaten keine unnötigen Mittel entziehen, die Einnahmen sollen nicht künstlich in die Höhe getrieben werden. Dieses sorgfältige Austarieren, die Balance sicherzustellen, das ist unsere Aufgabe, für das sind wir gewählt. Dabei sollen alle Anliegen angemessen berücksichtigt werden, dann ist es ein guter Kompromiss oder, um beim Bild des Backens zu bleiben, ein guter Teig hält alles zusammen. Stimmt das Verhältnis, dann wird aus flüssig, fest, fettig und trocken ein harmonischer Teig, der sich gut auswallen und ausstechen lässt. Übertragen auf unsere Arbeit heisst das: Wenn alle Anliegen ihren Anteil erhalten, dann gibt es ein stimmiges Ganzes. Als Zentrumsparterie übernehmen wir dabei unterschiedliche Rollen: Mal binden wir das Flüssige, mal machen wir das Feste formbar. Sie dürfen jetzt selbst entscheiden, welche Rolle Sie in diesem Rat einnehmen wollen. Beim Guetzli wären das Feste Mandeln, Zucker und Schokolade, vielleicht möchten Sie ja etwas Süsses sein. Das bedeutet aber auch, dass wir Grünliberale in der Budgetdebatte von allen Seiten unter Druck geraten, ja auch mal verbal angegriffen werden. Aber uns geht es gut, keine Sorge, und wie jedes Jahr an dieser Stelle: Vielen herzlichen Dank, dass ihr euch immer um uns sorgt. Wir schätzen das sehr, denn man sorgt sich ja nur um jene, die man gerne hat.

Betrachten wir nun den Budgetprozess als Waage, wie die Justitia eine hält, dann ist aber auch ein ganz wichtiger Punkt offensichtlich: Diese Waage darf nicht aus dem Gleichgewicht geraten und ist ein Instrument, das sorgfältig behandelt werden muss. Die Waagschalen dürfen weder zu rasch noch zu schnell gefüllt oder geleert werden. Gerät die Waage aus dem Gleichgewicht, dann braucht es einen Moment, bis sie dieses wiederfinden kann, wenn es überhaupt gelingt. Und genau das bringt mich heute etwas aus der Ruhe, denn unsere Waage ist aus dem Gleichgewicht geraten. Wir haben die Waagschale mit minus 3 Prozent zu schnell geleert. Wir waren dafür, eine nachhaltige, in Balance gehaltene Waage zu pflegen, minus 2 Prozent jetzt und vielleicht minus 2 Prozent in zwei Jahren, wenn es die Waage hergibt.

Nun haben wir die Sorge, dass mit weiteren Reduktionen auf der Ausgabenseite bei der wackeligen Waage Projekte von der Waagschale fallen könnten oder, noch schlimmer, wir in zwei Jahren sogar korrigieren müssen. Das wäre in unserem Kanton nicht gut angesehen. Es wäre unsere Aufgabe gewesen, die Waage nachhaltig und mit Augenmass im Gleichgewicht zu halten.

Das Beispiel der Waage funktioniert gut in der Politik, aber nur, wenn es darum geht, Kompromisse zu finden. Beim Entscheid gilt eine andere Logik. Dort entscheidet die Mehrheit, dort darf das Gleichgewicht sogar bewusst kippen. In dieser Budgetdebatte war das allerdings sehr selten der Fall. Es war eher so, dass wir

sehr im Gleichgewicht austarierten, sodass einzelne Abwesenheiten, Kranken- oder Spitalaufenthalte das Resultat beeinflussten. Dass es aber trotzdem nie zu einem Stichtentscheid kam, sehen wir in der ruhigen, fairen und ausgewogenen Führung unseres Ratspräsidiums. Vielen herzlichen Dank dafür.

Nun ist das Budget gebacken. Ob es schmeckt, finden wir im kommenden Jahr heraus. In diesem Sinne wünsche ich allen frohe Festtage, eine ruhige und besinnliche Zeit und hoffentlich viele Guetzli.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): In unserer Regierung hat die bürgerliche Mehrheit das Sagen und hier im Kantonsrat dominiert eine bürgerliche Spar- und Steuersenkungsallianz die Finanzpolitik, und diese Mehrheiten waren noch nie anders, seit der moderne Kanton Zürich existiert. Wenn man aber dem Rundumschlag von FDP-Kantonsrat Martin Huber in der Eintretensrunde zugehört hat, so müsste man meinen, Links-Grün dominiere die Finanzpolitik. Und wenn man die einseitigen Kürzungsanträge von FDP und SVP in den Direktionen von Jacqueline Fehr und die zurückgezogenen Anträge bei Regierungspräsident Martin Neukom anschaut, dann müsste man meinen, die beiden könnten über neue Stellen und Mehrausgaben entscheiden, ohne dass der bürgerliche Gesamtregerungsrat mitredet. Dem ist aber nicht so. Geschätzte Damen und Herren Bürgerliche und SVP, wenn Sie glauben, wie in den letzten Tagen, hier lauter finanzpolitische Ohrfeigen austeilten zu müssen, mit Verlaub, dann müssen Sie bei sich selbst anfangen, denn Sie machen die Finanzpolitik, seit dieser Kanton existiert.

Und wir kennen Ihr Argumentationsmuster langsam. Wird im Budget ein Defizit vorausgesagt, dann kürzen Sie die staatlichen Leistungen. Kommt es dann im Folgejahr zu einem Überschuss, dann machen Sie sich daran, die Steuern zu senken. Und logischerweise kommt schon das nächste Defizit und so weiter und so fort. Nur im Budget 2026 machen Sie beides, eine Steuersenkung dank eines Zufallsmehrs heute Morgen und ein Defizit von über 300 Millionen Franken. Doch wie wollen Sie das den Menschen in diesem Kanton erklären, dass Sie auf Einnahmen verzichten, wenn Sie doch gleichzeitig ein Defizit erwarten? Mit dieser Steuersenkung entziehen Sie der öffentlichen Hand eine Viertelmilliarde jährlich, doch die meisten Steuerzahlenden haben davon ja kaum etwas. Ein verheiratetes Paar mit 120'000 Franken steuerbarem Jahreseinkommen spart 190 Franken im Jahr. Eine Person mit 50'000 Franken versteuert gerade einmal 60 Franken weniger. Da kann man ja nicht einmal mehr von einem psychologischen Effekt reden. Wie immer bei den Steuersenkungen sind es die 10 Prozent der sehr Wohlhabenden, die davon profitieren, und nicht der Mittelstand, doch für diese 10 Prozent machen Sie, geschätzte SVP, FDP und geschätzte Mitte, offenbar Ihre Politik. Dabei geht bei Ihnen völlig vergessen, dass wir in unsicheren Zeiten leben. Wir sind gegenwärtig umso mehr auf ein solides und stabiles Staatswesen angewiesen. Man jubelt vielleicht über das Zollversprechen Donalds Trumps (*US-Präsident*) mit der Schweiz. Doch wie lange wird dieses Zollversprechen halten? Welche Auswirkungen wird die Destabilisierung der globalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen für unseren Kanton haben? Wie wirken sich die vielen Kriege und die wachsende Bedrohung durch Russland aus? Was für Auswirkungen haben die

ökologischen Krisen und die nach wie vor nicht gebremste Klimaerwärmung für uns? Was bedeutet die Verunreinigung von Grundwasser und Böden durch PFAS (*Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen*)? Was bedeutet das Entlastungspaket 27 des Bundes, der im Kanton ungefähr 300 Millionen Franken einsparen will. Und wie lange macht die Bevölkerung die Explosion der Mietpreise und der Gesundheitskosten noch mit?

Der Staat, den wir Grüne wollen, ist ein solider Staat, der auf diese Herausforderungen vorbereitet ist. Er hängt nicht den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen wie in Deutschland hinterher, sondern er geht mit und begleitet diese Veränderungen. Dasselbe bei der Umwelt und beim Klima. Auch hier ist es staatliche Aufgabe, den Rahmen für Natur- und Klimaschutz zu schaffen, nicht zuletzt auch mit einer Förderung von umweltschonenden und klimafreundlichen Technologien, damit wir wirtschaftlich am Ball bleiben und im Kanton Zürich nicht abgehängt werden.

Für all dies muss der Kanton solide aufgestellt sein, denn die gesellschaftliche Freiheit – ich betone es gern – ist dann am grössten, wenn sie auf dem Boden von wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit und in einer intakten Umwelt gedeihen kann.

Werte Bürgerliche, SVP und Mitte, Sparen um des Sparens willen, das ist doch keine Vision. Wo ist da Ihre Zukunft? Und auch die Regierung möchte ich fragen: Warum sparen Sie bei den Investitionen? Warum delegieren Sie die Verantwortung einfach an die nächste Generation? Priorisieren bei den Investitionen ist bloss ein anderes Wort für Sparen, und wir sehen in Deutschland, wohin der Investitionsstau führt. Darum lehnen wir Grüne dieses No-Future-Budget ab.

Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen): Die diesjährige Budgetdebatte hat einmal mehr gezeigt, wie weit die Positionen im Rat auseinanderliegen. Auf der einen Seite stehen die linken Parteien, die überzeugt sind, dass der Staat immer mehr Aufgaben übernehmen und möglichst jedes gesellschaftliche Problem lösen soll – mit immer höheren Ausgaben. Auf der anderen Seite stehen Parteien, die mit dem Sparhammer beziehungsweise dem Rasenmäher durch das Budget gehen wollen. Die Mitte lehnt beide Extreme ab.

Ursprünglich gab es die Idee einer linearen Kürzung von 2 Prozent über alle Leistungsgruppen hinweg. Dieser Ansatz war grundsätzlich richtig. Alle Bereiche sollten ihren Beitrag leisten, überall sollte gleichermassen etwas Luft abgelassen werden. Genau dieses Prinzip von Gleichbehandlung unterstützen wir. Doch die Umsetzung hat diesem Anspruch nicht standgehalten. Am Ende sollten einzelne Direktionen deutlich stärker bluten als andere, insbesondere die Bildungsdirektion, und dies ausgerechnet in dem Bereich, der für die Schweiz und den Kanton Zürich der wichtigste Rohstoff ist: die Bildung. Nach sorgfältiger Prüfung der einzelnen Kürzungsanträge hat die Mitte dann doch nicht mitgemacht, weil die Umsetzung ungleichmässig, unausgewogen und letztlich nicht überzeugend war. Konsequenterweise hat die Mitte mit je einer Ausnahme im Budget und im KEF sämtliche Anträge beziehungsweise KEF-Erklärungen abgelehnt. Unterstützt haben wir hingegen die Pauschalkürzung von 50 Millionen Franken. Es ist nicht zielführend,

dass der Kantonsrat in einzelnen Leistungsgruppen Mikromanagement betreibt. Richtig ist vielmehr, dem Regierungsrat einen Auftrag zu erteilen, weniger Geld auszugeben, und ihm dann auch die Verantwortung zu überlassen, zu entscheiden, wo und wie diese Mittel eingespart werden können.

Wir setzen uns dafür ein, dass Ausgaben und Einnahmen im Gleichgewicht bleiben, dies mit einer klaren Budgetdisziplin und mit einem haushälterischen Umgang mit den Steuergeldern. Dazu gehört auch, das Ausgabenwachstum einzudämmen, insbesondere dort, wo es sich im überproportionalen Stellenwachstum zeigt. Wir wollen nicht noch mehr Aufgaben an den Staat übertragen. Gleichzeitig wollen wir Steuerzahlerinnen und Steuerzahler entlasten und die steuerliche Attraktivität des Kantons Zürich verbessern. Gerade bei sehr hohen Einkommen liegt unser Kanton heute nämlich nur im hinteren Mittelfeld. Hierzu kommt mir der Spruch «Verschmähe nicht die Kuh, die dir Milch gibt» in den Sinn, redet doch nicht ständig schlecht über gute Steuerzahler!

Aus diesem Grund haben wir eine Steuersenkung von 3 Prozent beantragt und bedanken uns, dass der Antrag eine klare Mehrheit im Rat gefunden hat. Die finanziellen Rahmenbedingungen lassen dies zu, der Haushalt bleibt mittelfristig trotzdem ausgeglichen. Dem Kanton Zürich geht es insgesamt gut, zum Glück. Das gilt auch für die Finanzen, das Triple-A-Rating bestätigt dies ausdrücklich. Die Steuereinnahmen fliessen und der Kanton Zürich wird dieses Jahr mit rund 700 Millionen Franken Überschuss abschliessen. Umso wichtiger ist es, die Ausgaben im Griff zu behalten und die Mittel bedacht und vorausschauend einzusetzen.

Das gilt auch für die anstehenden Investitionen: In den nächsten zwölf Jahren sind 7,6 Milliarden Franken geplant. Die Mitte steht grundsätzlich hinter der Priorisierung der Projekte. Es ist Aufgabe einer verantwortungsvollen Regierung, sicherzustellen, dass die dringendsten und wichtigsten Vorhaben zuerst umgesetzt werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Finanzen auch zukünftig im Lot gehalten werden.

Zum Schluss eine Aufforderung an links und rechts: Statt gegenseitig ständig mit dem Finger aufeinander zu zeigen und Schuldzuweisungen zu verteilen, wäre es an der Zeit, sich zusammenzuraufen, denn die anstehenden Herausforderungen können nur gemeinsam mit tragfähigen Kompromissen gelöst werden. Die Mitte steht wie eh und je bereit, diese Kompromisse zu finden und Brücken zwischen links und rechts zu bauen. Doch das gelingt nur, wenn alle einen Schritt aufeinander zugehen. Das Festhalten an polarisierenden Positionen bringt uns als Gesellschaft nicht weiter. Respekt, Toleranz, Freiheit, Solidarität, Verantwortung, das sind zentrale Werte für ein gutes Zusammenleben. Für diese Werte steht die Mitte und setzt sich für die Bevölkerung unseres Kantons ein.

In diesem Sinne wünsche ich allen frohe, friedliche und besinnliche Festtage sowie eine erholsame sitzungsfreie Zeit. Die Mitte stimmt dem Budget 2026 zu. Besten Dank.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Auch diese Budgetdebatte war wieder geprägt von viel Getöse und wenig Wirkung. Wir haben erneut Steuern gesenkt, nicht aus Not,

sondern im vollen Bewusstsein, dass uns dieses Geld bei kommenden Aufgaben und Projekten fehlen wird. Man kann das politisch wollen, aber man sollte dann wenigstens ehrlich sagen, dass man damit ganz bewusst auch die Handlungsspielräume von morgen verkleinert, nur um heute Applaus zu erhalten.

Was diese Debatte ebenfalls geprägt hat: Viele Anträge wurden zurückgezogen. Das hat die Diskussion verkürzt, und an dieser Stelle möchte ich allen betroffenen Personen für ihre späte Einsicht ausdrücklich danken. Sie haben uns Zeit, Energie und Wiederholungen erspart. Manchmal ist weniger tatsächlich mehr.

Leider hat diese Einsicht nicht überall Einzug gehalten, im Bereich der Bildung haben wir sie schmerzlich vermisst. Dort blieben uns erneut dieselben, sich stetig wiederholenden Anträge und die immer gleichen Erwidierungen in Erinnerung, eine Erinnerung, die man, ehrlich gesagt, auch gerne vergessen würde; nicht weil Bildung unwichtig wäre, im Gegenteil, sondern weil dieses ritualisierte Debattieren weder weiterhilft noch irgendeine Wirkung entfaltet.

Was man ebenfalls gerne vergessen möchte, das sind die Eintretensvoten von SVP und FDP zu diesem Budget. Sie haben bei mir viele Fragen aufgeworfen, vor allem die eine: Wie sprechen wir als gewählte Kantonsräte eigentlich über unseren eigenen Kanton? Die Arbeit der Regierung, ihrer Mitarbeitenden wurde schlechtgeredet, kleingemacht und geradezu verächtlich dargestellt. Und da fragt man sich schon: Haben diese Votanten überhaupt keinen Stolz darauf, in diesem Kanton leben zu dürfen? Haben sie keinen Respekt vor den Menschen, die sich Tag für Tag auch für sie engagieren, in der Verwaltung, in der Schule, bei der Polizei, im Gesundheitswesen, im Strassenunterhalt und in vielen weiteren Bereichen? Natürlich, Kritik gehört zur Politik, aber diese Dauerverächtlichmachung ist keine Haltung, sondern sie ist ein Stilproblem. Auch diese Episode der diesjährigen Budgetdebatte gehört zu den Momenten, die man am liebsten vergessen möchte. Was hingegen nicht vergessen werden darf, das ist der Dank, der Dank an die Regierung für ihre Arbeit, der Dank an alle Mitarbeitenden des Kantons, der Dank an all jene Menschen, die sich Tag für Tag zum Wohl der Bevölkerung im Kanton Zürich engagieren, oft ruhig, oft unspektakulär, aber immer unverzichtbar. Ihnen allen gehört der grosse Dank der EVP-Fraktion. Und in Verantwortung gegenüber all diesen Menschen ist es für uns auch folgerichtig, dass wir dem Budget zustimmen werden.

Weihnachten ist ja die Zeit der Wünsche, deshalb zum Schluss von mir zwei Wünsche: Ich wünsche uns allen für das kommende Jahr weiterhin engagierte, aber faire Diskussionen, klare Prioritäten und den Mut, einander auch bei unterschiedlichen Meinungen zuzuhören und mit Wertschätzung zu begegnen. Und dann wünsche ich uns allen frohe Festtage, Zeit zum Durchatmen und einen guten Start ins neue Jahr.

Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf): In dieser fast schon ereignislosen Budgetdebatte, die ganz im Zeichen der möglichen Senkung des Steuerfusses stand, gab es aus Sicht der Alternativen Liste einen Lichtblick und einen Tiefschlag. Zuerst das Highlight dieser Budgetdebatte: Die FDP und die SVP sind mit ihrem Angriff auf die Kultur gescheitert. Sie wollten mehr als 4 Millionen Franken bei der Kultur

einsparen. Besonders schäbig an der diesjährigen Debatte ist der Angriff der beiden sehr arrogant auftretenden bürgerlichen Parteien auf die eh schon sehr, sehr tiefen Löhne und Honorare der Kulturschaffenden. Der erste Kürzungsantrag im Umfang von 2,14 Millionen Franken betraf die freie Kulturförderung und stellte sich explizit gegen eine Verbesserung der teils prekären Einkommenssituation von Kulturschaffenden. Der zweite Kürzungsantrag in der Höhe von 2 Millionen Franken hätte verheerende Folgen für die kleineren und mittleren Kulturbetriebe in den Regionen gehabt. Auch dieser Antrag wurde glücklicherweise von der Ratsmehrheit abgelehnt. An dieser Stelle danken wir der Kulturdirektorin Jacqueline Fehr und der kleinen und feinen, aber schlagkräftigen Fachstelle Kultur für ihre sorgsame, umsichtige und hartnäckige Arbeit. Sie haben das Zwei-Säulen-Modell in der Kulturförderung des Kantons Zürich nach mehrjähriger Aufbauarbeit verankert. Mit der Zustimmung zum Kulturbudget 2026 des Regierungsrates festigt der Kantonsrat das Zwei-Säulen-Modell. Künftig wird die Kulturförderung zwar immer noch ein bisschen lotterig bleiben, weil ein Teil der Finanzierung weiterhin aus den Lotteriefondsgeldern stammt. Dank der Konstruktion mit dem Kulturfonds, der durch Lotteriefondsgelder gespiesen wird, gibt es aber doch eine planbare Stabilität. Und Sie wissen ja, die Lotteriefondsgelder sprudeln auch dank Spielerinnen wie mir reichlich.

Es gibt aber auch – und das ist sehr wichtig zu betonen – zu einem grossen Teil staatliche Mittel. So wird die Kultur im Kanton Zürich also aus dem Kulturfonds und den ordentlichen Budgetmitteln finanziert und steht damit auf einem stabilen Fundament. Das Zwei-Säulen-Modell stärkt das kulturelle Leben nicht nur in den Städten, sondern im ganzen Kanton. Das ist gerade in Zeiten globaler Unsicherheiten ein wichtiges Signal für Zusammenarbeit und Identität.

Ein weiterer erfreulicher Sieg dieser Budgetdebatte ist, dass die FDP und die SVP mit ihrem Sparhammer, wie es Hanspeter Hugentobler von der EVP so schön formuliert hat, bei der Bildung gescheitert ist. Mit 2-Prozent-Rasenmäher-Anträgen in verschiedenen Leistungsgruppen wollten sie insgesamt 27 Millionen Franken einsparen. Bei der Bildung sparen ist für ein Land ohne Ressourcen – wir haben nichts anderes ausser einem guten Bildungswesen – einfach nur kopflos, kurz-sichtig und dumm.

Nun komme ich zum eigentlichen Tiefpunkt der diesjährigen Budgetdebatte. Der FDP-Sprecher schockierte uns mit seinem Staats- und Angestellten-Bashing in der Grundsatzdebatte zum staatlichen Handeln. Im Stile der amerikanischen, milliardenschweren, Kettensägen schwingenden Tech-Bros will die FDP aus dem Staat Gurkensalat machen. Der FDP-Sprecher verunglimpfte die kantonalen Angestellten als «Homo buerocraticus», die sich mit sich selbst beschäftigten, sinnlose Projekte vor sich herschoben und einzig einen Zürich-Finish zum Ziel hätten. Und er gipfelte in seinem Fazit, dass die Kinder in den Schulen damit nicht besser geworden seien. Der FDP-Sprecher hatte keine überzeugenderen Lösungsvorschläge zu bieten, als den Ratsmitgliedern einige ideologische Floskeln um die Ohren zu schlagen.

Für uns von der AL ist klar: Wir wollen einen Kanton, der nicht bei den sozial Schwächsten und auch nicht im ohnehin zusammengesparten und von Personal-mangel geprägten Gesundheitsbereich Einsparungen macht. (*Der Ratspräsident unterbricht die Votantin.*)

Ratspräsident Beat Habegger: Geschätzte Kollegin, Ihre Redezeit ist um. Sie dürfen noch sagen, ob Sie das Budget annehmen oder ablehnen.

Judith Anna Stofer fährt fort: Ja, wir lehnen es ab.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 116 : 57 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Budget für das Jahr 2026 gemäss Ziffer I mit einem Aufwandüberschuss von 314 Millionen Franken in der Erfolgsrechnung und Investitionsausgaben von 1,284 Milliarden Franken in der Investitionsrechnung zu genehmigen.

II. und III.

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Kenntnisnahme des KEF 2026 bis 2029

Ratspräsident Beat Habegger: Wir kommen zur Kenntnisnahme des KEF 2026 bis 2029: Von den ursprünglich 25 KEF-Erklärungen haben wir eine überwiesen, nämlich die Nummer 9. Nicht überwiesen wurden 19 KEF-Erklärungen, fünf wurden während der Debatte zurückgezogen. Sie haben den KEF zur Kenntnis genommen.

Die Geschäfte 2 und 3 sind erledigt.